



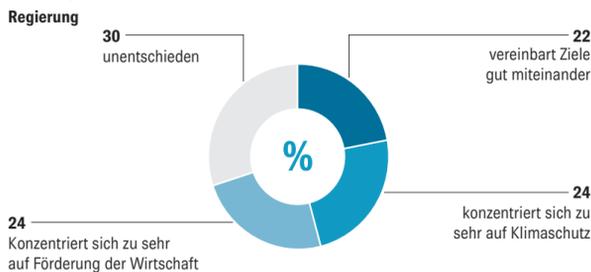
Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) spricht beim Besuch im Elektro Technologie Zentrum Stuttgart mit einem Auszubildenden.

BILD: DPA

Sorge in der Wirtschaft, aber keine Krisenstimmung

Wirtschaftswachstum und Klimaschutz in der Landespolitik

Haben Sie den Eindruck, dass die Regierung in Baden-Württemberg die beiden Ziele Wirtschaftswachstum und Klimaschutz gut miteinander vereinbart oder konzentriert sich die Regierung zu sehr auf den Klimaschutz oder zu sehr auf die Förderung der Wirtschaft?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161

Von Ulrike Bäuerlein

Diese Meldungen haben Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU), der Wirtschaftsministerin von Baden-Württemberg, gerade noch gefehlt. Der Präsident des baden-württembergischen Handelsverbands spricht am Mittwoch von einer „äußerst dramatischen Lage“ der Branche aufgrund des Corona-Lockdowns, mehr als die Hälfte der Betriebe fürchte im zweiten Halbjahr um ihre Existenz. Ebenfalls am Mittwoch fordert die Landtags-SPD den Rücktritt der Ministerin als Folge des Debakels um den baden-württembergischen Expo-Pavillon auf der Weltausstellung in Dubai, das den Steuerzahler 15 Millionen Euro kostet.

Zwei Monate vor der Landtagswahl weidet SPD-Fraktionschef Andreas Stoch genüsslich aus, dass eine CDU-Ministerin die politische Verantwortung dafür trägt. „Wie soll eine Wirtschaftsministerin, die keinerlei Kontrolle über das eigene Haus hat, angeschlagene Unternehmen aus der Krise führen? Baden-

Württemberg kann sich in der aktuellen Situation keine hilflose Wirtschaftsministerin leisten“, poltert Stoch. Und auch die Bürger in Baden-Württemberg blicken zunehmend besorgt auf die wirtschaftliche Entwicklung im Land.

Denn zu den unwägbarsten allgemeinen Folgen des Corona-Lockdowns plus des Strukturwandels in der Automobilindustrie, jahrzehntelang sichere Bank des baden-württembergischen Wohlstands, kommen allmählich auch Bedenken der Menschen über ihre persönliche Lebenssituation. Wie sicher sind die Arbeitsplätze? Sind die Lebensqualität im Südwesten und die gefühlte gute wirtschaftliche Lage generell in Gefahr?

Die Stimmung trübt sich ein – obwohl das Vertrauen in die Wirtschaftskraft des Landes nach wie vor groß ist. Dies geht aus dem aktuellen BaWü-Check des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen hervor, der sich in seinem dritten Teil – nach der Bewertung der Bildungs- und Verkehrspolitik in



Die Arbeit der Wirtschaftsministerin rückt in der Corona-Krise in den Fokus – Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) setzt auf Chancen des Strukturwandels. Politisch ist sie wegen des Debakels um den baden-württembergischen Expo-Pavillon auf der Weltausstellung in Dubai unter Druck geraten. Die SPD fordert sogar ihren Rücktritt.

Die Umfrage

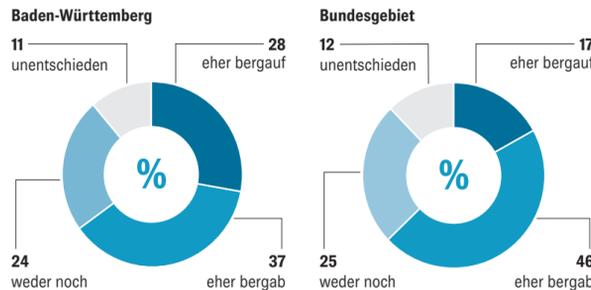
Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollen die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, genauer wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen.

Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück.

Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den Online-Portalen der Tageszeitungen.

Die Mehrheit glaubt noch nicht an einen Aufschwung in diesem Jahr

Glauben Sie, dass es mit der Wirtschaft dieses Jahr eher bergauf oder eher bergab geht?



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12028, 6161
Basis: Bundesrepublik Deutschland und Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 bzw 18 Jahre;

Baden-Württemberg – nun mit der Sicht der Bürger auf die Wirtschaftslage und -politik befasst hat.

„Die Sorge der Menschen ist berechtigt“, sagt die Wirtschaftsministerin tags zuvor im Gespräch mit dieser Zeitung nüchtern über die Situation im Land. „Wir stecken mitten in großen wirtschaftlichen Umbrüchen. Nicht nur bei der Autoindustrie hin zur Elektromobilität, sondern auch bei der Digitalisierung. Das ist das eigentliche Thema.“ Dennoch sieht die Ministerin nicht schwarz. Im verarbeitenden Gewerbe und im Automobil- und Zulieferersektor sei die Auftragslage derzeit stabil, im Maschinen- und Anlagenbau, so die Ministerin, gebe es sogar eine Aufbruchsstimmung.

„Insgesamt sollten wir keine Angst vor dem Strukturwandel machen. Er eröffnet auch viele Chancen. Baden-Württemberg hat schon vieles durchgestanden und es immer wieder geschafft, sich neu aufzustellen. Darauf setze ich“, sagt Hoffmeister-Kraut. Gewinner und Verlierer werde es aber geben. „Um den stationären Einzelhandel, um die Schausteller, die Messe-, Veranstaltungs- und Reisebranche mache

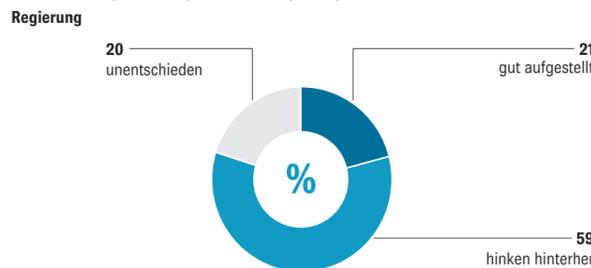
ich mir derzeit die größten Sorgen. Mit jeder weiteren Woche des Lockdowns verlieren wir im schlimmsten Fall weitere Betriebe, auch wenn wir, so gut es geht, finanziell helfen“, so Hoffmeister-Kraut.

Die Ministerin ist stolz, dass sie in dieser Legislaturperiode so viel auf den Weg bringen konnte. „Das Ministerium hat eindeutig an Profil und an Einfluss gewonnen“, gibt sich die 48-jährige Ressortchefin selbstbewusst. Digitalisierungsprämie, Digital Hubs, KI-Labs, KI-Innovationspark, Entwicklungsstrategien für Mittelstand und KmU, die kleinen und mittleren Unternehmen – die Projekte sprudeln nur so aus ihr heraus.

Dass das Expo-Debakel an ihrem Ansehen kratzt, räumt die Ministerin ein. Vorzuwerfen habe sie sich allerdings nichts, sagt sie. „Der Expo-Pavillon war übrigens ein Projekt, das alle wollten. Dafür gab es einen Kabinettsbeschluss, und alle Fraktionen haben es unterstützt. Es ist sehr bedauerlich, dass durch die Vorwürfe und den Untersuchungsausschuss jetzt vieles überlagert wird, was wir für die Wirtschaft im Land erreicht haben.“

Rückstand bei der Digitalisierung

Was glauben Sie: Sind die Unternehmen in Baden-Württemberg beim Thema Digitalisierung alles in allem gut aufgestellt, oder hinken sie da hinterher?



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161
Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre;

IN KÜRZE

Untersuchung vor Ort

Stuttgart. Baden-Württemberg untersucht Coronavirus-Proben künftig selbst auf mögliche Mutationen. Die gezielte Diagnostik der aufgetretenen Virusmutanten sei ab sofort auch im Landesgesundheitsamt möglich, teilte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums mit. Das Gesundheitsministerium erhofft sich, bei Verdachtsfällen schneller reagieren zu können. Bislang mussten Proben von Verdachtsfällen nach Berlin geschickt werden. *lsw*

Mehr als 2500 „Job-Bikes“

Stuttgart. Seit dem Start der Fahrradleasing-Aktion des Landes vor drei Monaten haben mehr als 2500 Landesbedienstete das Angebot in Anspruch genommen. Das entspricht knapp 1,5 Prozent. Nutzen könnten das Angebot rund 170 000 Beamte und Richter im Land, teilte das Verkehrsministerium mit. Rund 80 Prozent der übergebenen Räder sind Pedelecs. Mit dem Angebot „JobBike BW“ will das Land seine Verwaltung klimafreundlicher machen. *lsw*

Geldstrafe für Postboten

Stuttgart. Weil er Briefe und Zeitungen nicht zugestellt, sondern behalten hat, ist Strafbefehl gegen einen Briefträger erlassen worden. Das Amtsgericht Buchen verhängte eine Geldstrafe von 1800 Euro. Der Postzusteller habe im Neckar-Odenwald-Kreis zwischen Januar 2018 und April 2020 9000 Postsendungen nicht ausgeliefert. Stattdessen lagerte er die Post erst in seinem Fahrzeug, später in seiner Wohnung. Er habe sich Arbeit ersparen wollen. *lsw*

Landtagswahl: Kandidaten nicht in allen 70 Wahlkreisen

Hohe Hürden für die Kleinen

Stuttgart. Ein wenig voreilig war die Erfolgsmeldung. Zum Jahreswechsel hatte Hubert Aiwanger, Bundesvorsitzender der Freien Wähler, vermeldet, seine Partei werde in Baden-Württemberg in allen 70 Wahlkreisen antreten. Tatsächlich hat man bis Mittwoch nur 67 Kandidaten mit den notwendigen 75 Unterschriften von Unterstützern beisammen. An diesem Donnerstag endet um 18 Uhr die Einreichungsfrist für alle Parteien, die bei der Landtagswahl am 14. März antreten wollen. Freie Wähler-Geschäftsführer Kay-Olaf Ballerstedt will kämpfen bis zuletzt: „Wir sind in den letzten Zügen.“

Die Freien Wähler hatten gemeinsam mit vier anderen kleinen Parteien mit einer Klage vor dem Verfassungsgerichtshof die Regierung gezwungen, wegen der Corona-Pandemie die Zulassungshürden für die Wahl zu senken. Statt der üblichen 150 Unterstützer in jedem Wahlkreis sind dieses Mal nur 75 notwendig. Die Präsenz vor Ort ist in Baden-Württemberg wichtig: Nur Parteien mit einem zugelassenen Kandidaten sind wählbar.

Piraten laufen auf Grund

Besonders hart hat es die Piratenpartei getroffen. Sie kann am 14. März nur in fünf Wahlkreisen antreten. Vor fünf Jahren hatte die Partei nach Angaben von Landeschef Oliver Burkardmaier noch Kandidaturen in ungefähr der Hälfte der Stimmkreise geschafft. Unter großen Mühen hat es die Linkspartei geschafft, für alle 70 Wahlkreise die Unterschriften für die Kandidaten zu sammeln. „Das war extrem schwierig“, sagt eine Sprecherin. Nutznießer der abgesenkten Zugangshürden ist die Klimaliste. Praktisch aus dem Stand wurden Kandidaten und Unterstützer für 67 Wahlkreise mobilisiert. „Ich bin sehr zufrieden“, bilanziert Vorstandsmitglied Alexander Grevel. *pre*